

Vergabeverfahren

über

Planungsleistungen technische Sicherung Bahnübergang Steinbacher Weg in Coswig

Öffentliche Ausschreibung
Vergabenummer: 2026-00102_01

02. Teilnahmebedingungen

Dresdner Verkehrsbetriebe AG, 12.06.2026

Inhaltsverzeichnis

I.	Vergabeunterlagen / Angebotsbestandteile:	3
II.	Anmerkungen	4
III.	Vorbemerkung und Ziele des Vergabeverfahrens	4
IV.	Profil des Auftraggebers	5
V.	Projektbeschreibung.....	5
1.	Projektumfang	5
2.	Vorschriften	6
3.	Parameter des Vertrages	6
VI.	Einführung in das Verfahren	6
1.	Allgemeines.....	6
2.	Geplanter zeitlicher Ablauf des Verfahrens	6
3.	Verfahrensablauf.....	7
4.	Zuschlagskriterien	7
VII.	Weitere Hinweise.....	7
VIII.	Rügeobligationen, Rügepflichten, Nachprüfverfahren	7

I. Vergabeunterlagen / Angebotsbestandteile:

	Mit Angebot ein- zureichen	Einreichung nicht erforderlich
01 – Leistungsanfrage technische Sicherung Bahnübergang Steinbacher Weg		X
02 – Teilnahmebedingungen		X
03 – Anlage Preisblatt für Honorare auf Stundenbasis	X	
04 – Muster Auftragsbestätigung		X
05 – Versicherungsnachweis des Auftragnehmers	X	
06 – Angebot des Auftragnehmers***	X	
07 – Nachunternehmererklärungen**	X	
08 – ARGE-Erklärung*	X	
09 – Anlagen zur Leistungsanfrage		X

*) Mit dem Angebot einzureichen und zu erstellen, sofern eine Bietergemeinschaft gebildet wird.

**) Mit dem Angebot einzureichen und zu erstellen, sofern Nach- bzw. Drittunternehmer eingebunden werden sollen.

***) Durch Auftragnehmerin zu erstellen

II. Anmerkungen

Sofern nachfolgend der Begriff Bewerber oder in diesem Zusammenhang der Begriff Unternehmen verwendet wird, gilt dieser gleichermaßen für Bewerbergemeinschaften und deren Mitglieder, sowie im und für das spätere(n) Verfahren für Bieter und Bietergemeinschaften.

Sofern eine männliche Begriffsbezeichnung für die Bezeichnung von juristischen und/oder natürlichen Personen verwendet wird, so ist dies als Neutrum zu verstehen und gilt ausdrücklich geschlechterübergreifend.

Dies gilt ausdrücklich und insbesondere für die Begriffe Bewerber und Bieter.

III. Vorbemerkung und Ziele des Vergabeverfahrens

Die DVB AG plant die Verkehrssicherheit auf dem gegenständlichen Streckenabschnitt auf die vorgeschriebenen Standards anzupassen. Infolgedessen wird erwartet, dass sich der Straßenbahnverkehr stabilisiert und beschleunigt.

Der Bahnübergang Steinbacher Weg soll mittels Überwachungssignalen für die Straßenbahn, mit Lichtzeichen am Andreaskreuz und zusätzlicher Blindensignalisierung mit gongartigem Signalton technisch gesichert werden. Dies ist zur Absicherung des Straßenbahnbetriebes notwendig und um einen planmäßigen Betriebsablauf zu gewährleisten.

Der Auftraggeber geht davon aus, dass mit der grundhaften technische Sicherung des Bahnübergangs 101 Steinbacher Weg für die Nutzer des ÖPNV und des MIV eine wesentliche Steigerung der Verkehrssicherheit erreicht wird.

Der Auftraggeber schreibt die Leistungen im Rahmen einer Öffentliche Ausschreibung aus. Die vergaberechtlichen Grundsätze der Gleichbehandlung, Diskriminierungsfreiheit und Transparenz werden im gesamten Verfahren beachtet.

Enthalten diese Unterlagen und/oder Anlagen nach Auffassung des Wirtschaftsteilnehmers Unklarheiten, Widersprüchlichkeiten, Fehler, sind unverständlich oder in sonstiger Weise zu beanstanden, so hat er dem Auftraggeber unverzüglich in Textform darauf hinzuweisen. Nur so verbleibt dem Auftraggeber ausreichend Gelegenheit, angemessen zu reagieren, dies allen Wirtschaftsteilnehmern mitzuteilen und damit die Möglichkeit zu geben, die ggf. geänderten Aspekte rechtzeitig zu berücksichtigen.

Sämtliche Rückfragen und Anmerkungen sind in Textform über das Deutsche Vergabeportal www.dtvp.de im Register „Kommunikation“ unmittelbar zum Projekt „**Planungsleistungen technische Sicherung Bahnübergang Steinbacher Weg in Coswig, Vergabenummer 2026-00102_01**“ zu übermitteln. Mündliche oder fernmündliche Rückfragen sowie Anfragen in schriftlicher Form außerhalb des Vergabeportals und/oder Anmerkungen werden nicht bearbeitet.

Der Auftraggeber behält sich vor, die Informationen aus diesen Unterlagen im weiteren Verfahren im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zu ergänzen, zu spezifizieren oder abzuändern. Allen Wirtschaftsteilnehmern obliegt es selbst, sich eigenverantwortlich über etwaige Anpassungen der Unterlagen oder bereitgestellter Beantwortungen und Fragen oder sonstiger zusätzlicher Informationen zu informieren.

Rückfragen und Anmerkungen die später als 7 Tage vor Ablauf der angegebenen Angebotsfrist eingereicht werden können im Verfahren nicht mehr berücksichtigt werden.

IV. Profil des Auftraggebers

Auftraggeber ist die

Dresdner Verkehrsbetriebe Aktiengesellschaft
Trachenberger Straße 40
01129 Dresden.

Die DVB AG ist eine einhundertprozentige Tochtergesellschaft der Technischen Werke Dresden GmbH, welche wiederum eine einhundertprozentige Tochtergesellschaft der Landeshauptstadt Dresden ist. Durch die Erbringung von öffentlichen Personennahverkehrsleistungen (Art. 11 der Richtlinie 2014/25/EU; Sektorentätigkeit gem. § 102 Abs. 4 GWB) wird sie zum Sektorenauftraggeber gem. § 100 Abs. 1 GWB.

V. Projektbeschreibung

1. Projektumfang

Grundleistungen der Lph. 3 bis 7

Analog. § 47 i.V.m. Anlage 13 HOAI Objektplanung Verkehrsanlagen, Tiefbau Sicherungstechnische Anlage (Bahnübergang), anteilige Leistungen der Lph 3 (22%), Lph 4 (6,00%), Lph 6 (9,25%), Lph 7 (3,25%), vollständige Leistungen der Lph 5 (15%).

Grundleistungen der Lph. 3 bis 7

Analog. § 55 i.V.m. Anlage 15 HOAI Objektplanung Technische Ausrüstung, Sicherungstechnische Anlage - Bahnübergang, anteilige Leistungen Lph 7 (4,75%), vollständige Leistungen. der Lph 3 (17%), Lph 4 (2,00%), der Lph 5 (22%) Lph 6 (7,00%),

Lph. 3-7 für Leistungsbilder Verkehrsanlage und technische Ausrüstung

- AWARO Datenbanksystem
Regelmäßige Einarbeitung der Projektunterlagen in das DVB AWARO Datenbanksystem.
- Koordinierung und Integrierung aller Planungen
Trassenkoordinierung und Erstellung von koordinierten Leitungsplänen einschließlich Spartenpläne im Rahmen der Verkehrsanlagenplanung Lph. 3 bis 6.
- Verkehrsführung während der Bauzeit- Verkehrszeichenpläne
- Optionale Feinjustierung nach der Inbetriebnahme
einmalige Feinjustierung und Optimierung der Steuerung nach der Inbetriebnahme
Inklusive der Aktualisierung der verkehrstechnischen Unterlage.

2. Vorschriften

Die Beschaffungsgegenstände sind nach dem aktuellen Stand der gesetzlichen Bestimmungen, dem Stand der Ingenieurwissenschaften und den anerkannten Regeln der Technik und den einschlägigen VDV-Schriften zu entwickeln und herzustellen. Sie müssen bei Auslieferung den jeweilig geltenden Vorschriften entsprechen.

3. Parameter des Vertrages

Die ausschreibende Stelle stellt den Bewerbern mit der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes das Dokument 04._Muster_Auftragsbestätigung zur Verfügung.

Dieses enthält nähere Regelungen bezüglich der Auftragsabwicklung und wird mit Beauftragung der Leistung durch die Auftraggeberin, über dessen DVBuy-Plattform, verbindlicher Bestandteil der Beauftragung.

Sollten seitens der Bewerber Einwände gegen dort getroffene Regelungen bestehen, sind diese gemäß den Vorgaben unter II., im Zuge dieses Vergabeverfahrens anzuzeigen. Für Einwände die nicht ordentlich gemäß den Vorgaben unter II. angezeigt werden, ist der Bewerber nach Ablauf der unter II. genannten Frist, spätestens jedoch mit Auftragserteilung, präkludiert.

VI. Einführung in das Verfahren

1. Allgemeines

Der geschätzte Auftragswert unterschreitet die Schwellenwerte gem. § 106 GWB. Demnach wird die gegenständliche Leistung gemäß den Vorschriften über Unterschwellenvergaben ausgeschrieben.

Die DVB AG schreibt als Sektorenauftraggeberin Planungsleistungen analog den Grund- und Besonderen Leistungen nach HOAI aus.

Die vergaberechtlichen Grundsätze der Gleichbehandlung, Diskriminierungsfreiheit und Transparenz werden im gesamten Verfahren beachtet.

Die Projekt- und Verfahrenssprache ist deutsch. Insbesondere der Teilnahmeantrag nebst allen geforderten Nachweisen und Unterlagen, das Angebot sowie die komplette Dokumentation sowie alle weiteren Schriftstücke sind in deutscher Sprache abzufassen. Verhandlungen werden in Deutsch geführt. Die gesamte Auftragsrealisierung (u. a. Korrespondenz, Besprechungen und Verhandlungen) muss in deutscher Sprache erfolgen. Dies gilt für alle Projektphasen.

2. Geplanter zeitlicher Ablauf des Verfahrens

Der nachfolgend abgebildete zeitliche Ablauf ist nicht verbindlich, sondern gibt einen Überblick über den geplanten Ablauf des Verfahrens. Im Verlauf des Verfahrens können sich einzelne Termine ändern. Mit Abgabe des Angebots erklärt der Bewerber, dass er die erforderliche Fachkunde und Leistungsfähigkeit zur regel- und fristgerechten Auftragserfüllung besitzt insbesondere bzgl. personeller Kapazität des Unternehmens – und die Ausführungstermine einhalten.

Aufforderung zur Angebotsabgabe	12.06.2026
Einreichung Angebot	15.07.2026
Zuschlag spätestens am	22.07.2026

3. Verfahrensablauf

Auf Grundlage der zur Verfügung gestellten Unterlagen werden die Bewerber aufgefordert, verbindliche Angebote in deutscher Sprache inklusive Anlagen, über die e-Vergabe-Plattform einzustellen.

Der Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot erhält den Zuschlag.

4. Zuschlagskriterien

Der Auftraggeber erteilt den Zuschlag nach Maßgabe des § 127 GWB auf das wirtschaftlichste Angebot. Einziges Bewertungskriterium ist der Preis.

VII. Weitere Hinweise

Für die Bearbeitung des Vergabeverfahrens ist es notwendig, personen- und firmenbezogene Daten, wie Kontaktdaten und Referenzen zu erheben, elektronisch zu speichern und zu verarbeiten. Die personenbezogenen Daten werden vertraulich behandelt, nicht für andere Zwecke eingesetzt oder an Dritte weitergeleitet. Hierzu werden die Unterlagen inkl. der zugehörigen personenbezogenen Daten zur Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit und Nachvollziehbarkeit digital archiviert. Der Bewerber erklärt mit Einreichung des Angebots, mit diesem geschilderten Vorgehen einverstanden zu sein.

Im Falle der Aufhebung und ggf. Neuausschreibung der gegenständlichen Leistung, sind Ersatzansprüche der interessierten bzw. betroffenen Unternehmen, insbesondere gerichtet auf die Geltendmachung entgangenen Gewinns sowie eines etwaigen Erfüllungsschadens (positives Interesse) oder Vertrauensschadens (negatives Interesse) ausgeschlossen. Dies gilt auch, wenn keine Vergabe der Gesamtmaßnahme erfolgt. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass die Gesellschafter des Auftraggebers dem im Rahmen des Verfahrens erzielten Verhandlungsergebnis aus haushälterischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht zustimmen oder aus geänderten Beschaffungsbedarfssituationen das Vergabeverfahren nicht durch Zuschlag beendet werden kann. Es entsteht daher bei den Bietern kein Vertrauensschutz auf Durchführung dieses Beschaffungsvorhabens oder Vertragsabschluss. Ein Kontrahierungszwang für die Auftraggeber besteht nicht.

Für die anzuschließenden Vertragsverhältnisse gilt das deutsche Recht.
Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Dresden.

VIII. Rügeobliegenheiten, Rügepflichten, Nachprüfverfahren

Erkennt ein Bewerber oder Bieter einen Verstoß gegen Vergabevorschriften im vorliegenden Vergabeverfahren, hat er dies gegenüber dem Auftraggeber gem. § 160 Abs. 1 Nr. 1 GWB innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen zu rügen.

Unabhängig davon müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die bereits aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. Außerdem müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebots-

abgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. Verstößt ein Bieter gegen diese Obliegenheiten, ist ein etwaiger Antrag auf Nachprüfung des Vergabeverfahrens gemäß § 160 Abs. 3 S.1 Nr. 1 3 GWB unzulässig.

Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert.

ENDE